

Calmer Calwblatt

Nr. 267.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veränderungsgewerke: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Pfennig. Bestellen 20, 2.50. Auf Samstagsanzeigen kommt ein Aufschlag von 100%.

Dienstag, den 15. November 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 21, 12.00. Vierteljährlich, 60 Pfennig. Preis 21, 12.00 mit Zustellung. — Zahlung der Anzeigenannahme & für Vorrichtung.

Neueste Nachrichten.

Nach den bis heute vorliegenden Pressestimmen findet der amerikanische Abrüstungsvorschlag selbstverständlich zunächst die Zustimmung Englands und Japans, Frankreich scheint sich nach einer Erklärung Briands gegen ihn stellen zu wollen.

Der antibolschewistische Aufstand in der Ukraine scheint größeren Umfang angenommen zu haben.

Präsident Harding hat gestern nachmittag um 4 Uhr die Proklamations unterzeichnet, in der der Frieden zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

In einer mehrstündigen Besprechung bei General Nollet erhoben die Arbeiter der Deutschen Werke schärfsten Einspruch gegen die Stilllegung. General Nollet versprach, die Forderungen und Begründungen der Arbeiter der Werkschaffertskonferenz zu übermitteln.

Die Note der deutschen Regierung gegen die von der Entente beschlossene Stilllegung bzw. Beschränkung der Deutschen Werke ist gestern dem General Nollet in Berlin und der Werkschaffertskonferenz in Paris zugestellt worden.

Das Reichskabinett beriet gestern nachmittag die Fragen der Reparationsverhandlungen und Kredithilfe-Bedingungen der deutschen Industrie.

Die öffentliche Meinung wendet sich zum großen Teil gegen die Forderungen der deutschen Industrie zur Kredithilfe.

Die die Blätter aus Dresden melden, in einer größeren Anzahl sächsischer Städte und Gemeinden bei der Wahl zu den Gemeinderatsvertretungen die sozialistische Mehrheit gebrochen worden, so u. a. in Grimma und in sämtlichen Ortschaften der sächsischen Lausitz.

Auf dem Reichsparteitag der deutsch-demokratischen Partei in Bremen wurde mit großer Mehrheit in einer Entschiedenheit die agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage verurteilt.

In württembergischen Finanzansatz kam die neue Beamtenbesoldungsordnung zur Verhandlung. Regierung und Parteien waren sich einig, daß aus dem Vorgang im Reich auch für die württembergischen Beamten die Folgen gezogen werden müßten.

Die Weltkonferenz von Washington.

Der Amerikaner Garnott Generalsekretär. — Die Vertreter der Nationen zur Eröffnungssitzung.

Washington, 13. Nov. Zur gestrigen ersten Konferenz wird noch gemeldet: Nachdem Staatssekretär Hughes seine Rede beendet hatte, wurde der Beamte des Staatsdepartements Carnott, zum Generalsekretär der Konferenz ernannt. — Nach der Rede Briands sprach der Vertreter Japans, Tokugawa, der den guten Wünschen Japans für den Erfolg der Konferenz Ausdruck gab. Er sagte, die Welt bedürfe des Friedens, und des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müßten die Forderungen des gesunden Menschenverstandes erfüllt werden. — Schanzer-Italien erklärte, Italien habe nichts zu fordern und nichts zu fürchten. Es wünsche, daß seine finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Übereinstimmung mit denen der anderen Mächte wiederhergestellt würden. Es habe keine imperialistischen Bestrebungen und sei bereit, loyal an den Vorschlägen des Präsidenten Harding mitzuarbeiten. Ein neuer Krieg würde eine wirtschaftliche Katastrophe sein. Die Geschichte der Vereinigten Staaten im vorangehenden Jahrhundert sei ein Beispiel dafür, daß Konflikte durch Schiedsprüche und nicht durch Gewalt gelöst werden sollten.

Der belgische Botschafter, de Martienne, sagte, seine Regierung sei für die Annahme aller Maßnahmen, die zur Erhaltung des Friedens, natürlich eines ehrenvollen Friedens, dienen. — Der chinesische Vertreter, Wellington Koo, erklärte, die Stunde sei geeignet, die Probleme im Stillen Ozean zu regeln. China werde mit ganzem Herzen an der Lösung dieser Aufgabe mitarbeiten. — Der niederländische Vertreter, van Karnebeek, führte aus, Holland sei keine Militärmacht und wünsche es nicht zu sein. Er erinnerte daran, daß Holland die erste große internationale Konferenz eröffnet habe. — Schließlich sprach noch der Vertreter Portugals, Mala, der erklärte, das einzige Hindernis für einen glücklichen Ausgang der Konferenz sei der nationale Egoismus. Dieser müsse beseitigt werden.

Der Vorschlag Amerikas geht nicht weit genug.

New York, 15. Nov. (Durch Funkpruch) Senator Borah hielt in einer Massenversammlung zugunsten der Abtötung eine Rede, in der er erklärte, der von Hughes gemachte Abrüstungsvorschlag gehe nicht weit genug.

Zum Abrüstungsvorschlag Amerikas.

New York, 14. Nov. (Durch Funkpruch) „New York Times“ meldet aus Washington: Daß die Abrüstungskonferenz sich am Sonnabend vertagte, war die allgemeine Ansicht. Hughes Vorschlag bezüglich der Einschränkung der Flottenrüstungen wirkte wie eine Bombe. Die Marineminister nahmen ihn aber ruhig auf. Admiral Kato, das Haupt der japanischen Delegation, sagte, der Vorschlag sei der konkreteste und logischste Antrag, den er jemals gehört habe. Ob er unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden könne, müsse geprüft werden. — „New York Tribune“ schreibt, Hughes habe den Stier kühen bei den Hörnern. Hughes Vorschlag sei Amerikas bemerkenswerter Beitrag zu einem Erfolg der Konferenz. Wenn Großbritannien und Japan geneigt seien, denselben Beitrag zu leisten, würden sie vielleicht sogar veranlaßt werden, mehr zu bieten.

Verdacht zum Abrüstungsvorschlag.

Paris, 14. Nov. Nach einer Washingtoner Meldung des „Exchange Telegraph“ hat sich Verdacht dahin geäußert, daß die Einschränkung der Rüstungen zur See eine Frage der zahlreichen Frauen sei, die auf der Konferenz erörtert werden könnten, daß aber Frankreich von diesen Einschränkungen nicht unmittelbar berührt werde. Wenn die Reihe an ihn komme, werde er freimütig sprechen. — Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Washington meldet, wird die Frage, ob die Sitzungen der Abrüstungskonferenz öffentlich sein sollen, wie ein Teil der amerikanischen Meinung und eine Resolution des Senats verlangen, folgende Lösung finden: Die Sitzungen werden prinzipiell für öffentlich erklärt, aber in den meisten Fällen geheim gehalten werden. Wenn eine Delegation die öffentliche Meinung als Richter über ihre Beweisführung anrufen zu müssen glaubt, wird sie immer die Möglichkeit haben, eine öffentliche Sitzung zu verlangen. — Nach dem Sonderberichterstatter ist es zweifelhaft, ob die englische und die japanische Delegation von ihren Regierungen Anweisungen erhalten haben, die geläutert, sich schon jetzt ein Bild von ihren Anträgen über das Projekt von Hughes zu machen.

Walfour spricht die Zustimmung Englands aus.

Washington, 14. Nov. Offiziell wird angekündigt, daß in der morgigen Sitzung der Konferenz Walfour eine Rede halten werde, in der er im Prinzip den amerikanischen Vorschlag betreffend die Begrenzung der Rüstungen zur See annehmen werde.

Japans Ansicht zum amerikanischen Abrüstungsplan.

Paris, 13. Nov. Wie Havas aus Washington meldet, soll einer der japanischen Delegierten, Admiral Kato, den See-Abrüstungsplan von Hughes als sehr weitgehend, aber als einen Vorschlag bezeichnet haben, der würdig sei, in Betracht gezogen zu werden.

Paris, 14. Nov. Der Sonderberichterstatter des „New York Herald“ in Washington sagt von der Haltung der japanischen Delegation, die Sachverständigen ließen durchblicken, daß ihre Gegenvorschläge bedeutend von denen des Staatssekretärs Hughes abweichen würden. Admiral Kato habe als Sprecher der Japaner die Vorschläge von Hughes als sehr bestimmt und sehr logisch begrüßt, sich aber bereit zu erklären, daß nach dem vorläufigen Eindruck aber nicht auf die Politik der japanischen Regierung geschlossen werden dürfe. Der Korrespondent weist auf die Anwesenheit des japanischen Oppositionsführers im Parlament Matsuzuki, hin, der sich nicht als Mitglied der Delegation, sondern als Beobachter im Auftrag seiner Partei in Washington aufhalte und erklärt habe, Japan könne den Vorschlag nicht annehmen, wenn nicht gleichzeitig die Befestigungen im Stillen Ozean aufgegeben würden. Nach Ansicht vieler amerikanischer Marine-Offiziere würde aber die Aufgabe der Befestigungen unter Umständen den Verlust der pazifischen Besitzungen der Vereinigten Staaten bedeuten.

England für das Bündnis mit Japan?

Washington, 12. Nov. Vom Sonderberichterstatter der Agence Havas wird berichtet: Die Stellung der britischen Delegation bei der Konferenz erscheint als sehr feitel. Es kann wohl angenommen werden, daß England sich als Freund Amerikas zeigen wird, aber auch als Verbündeter Japans. Wenn gewisse amerikanische Kreise die Hoffnung hegten, die Erneuerung des Bündnisvertrages zwischen England und Japan zu verhindern, so scheint diese Hoffnung sich nicht verwirklichen zu sollen. Trotz des Widerstandes gegen die Erneuerung, der bei der letzten Reichskonferenz von Kanada ausging, sollen die Regierenden Großbritanniens eine gegenseitige Entscheidung getroffen und beschlossen haben, die Mitarbeit Japans beizubehalten, einen wertvollen und erprobten, aber stolzen und empfindlichen Freund, der es für illoyal halten würde, ihn plötzlich

jalle zu lassen. Das wäre auch unpolitisch, denn das Bündnis mit Japan ist das wirksamste und sicherste Mittel, um das große isolierte Reich Australiens gegen Angriffsabsichten Japans zu sichern. Es besteht jedoch in einflussreichen britischen Kreisen, die Neigung, die Tragweite des Bündnisses einzugrenzen und deutlich die Ausmaße zu bezeichnen, in den es zur Anwendung kommen kann. So würde England die territoriale Verteilung der Besitzungen im Stillen Ozean als endgültig betrachten. Es würde sich nicht an die Seite Japans für eine abenteuerliche Politik stellen, wenn es zum Beispiel versuchen wollte, sich der Flottenstationen auf den Philippinen zu bemächtigen. Wenn die Stellung der britischen Delegation sich derartig stellt, so kann man einen veröhnlichen Einfluß auf die Haltung Japans und Amerikas erwarten.

Telegramm des Königs von England an Harding.

London, 14. Nov. Der König von England hat am Sonnabend in einem Telegramm an den Präsidenten Harding anlässlich der Eröffnung der Washingtoner Konferenz seine guten Wünsche für den Erfolg der Beratungen ausgesprochen.

Rußland und Deutschland.

Paris, 13. Nov. Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet, in der ersten Sitzung der Konferenz sei aufgefallen, daß zwei wichtige Plätze leer waren. Rußland und Deutschland, die nach ihrer Bevölkerungs- und wirtschaftlichen Größe zwei Länder in Europa seien, seien die neuen starken Länder von Europa. Solange keines von beiden Ländern vertreten sei, könne die Konferenz keinen wichtigen Schritt tun, ohne an sie zu denken. Notwendigerweise würden die Erwägungen mit Bezug auf Rußland vorwiegen, weil Rußland eine Macht des fernsten Ostens sei und in jenem Teil der Welt nichts geregelt werden könne, ohne Rußland in Betracht zu ziehen.

Die englische Presse zum amerikanischen Abrüstungsplan.

London, 14. Nov. Die vom Staatssekretär Hughes auf der Washingtoner Konferenz unterbreiteten Pläne der Vereinigten Staaten zur Verminderung der Flottenrüstungen fanden in der Montagpresse große Beachtung. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ meldet seinem Blatt, Amerika habe in der ersten Stunde der Konferenz eine Bombe platzen lassen. Die Konferenz sei einfach bestürzt gewesen, als Hughes seine Vorschläge unterbreitete. Man sei zwar auf weitreichende Vorschläge von Seiten Amerikas gefaßt gewesen, aber diese weittragenden Pläne habe man doch nicht erwartet. Sie seien selbst für Amerikaner überraschend gekommen. Jedenfalls herrsche der allgemeine Eindruck, daß die Vereinigten Staaten ihre Karten offen auf den Tisch gelegt haben.

London, 14. Nov. Die gesamte Presse befaßt sich mit der Abrüstungskonferenz in Washington. „Times“, die in Washington von ihrem Chefredakteur vertreten wird, äußert, die Meinung der britischen Delegation sei überwiegend günstig. Der amerikanische Plan müsse jedoch notwendigerweise kaltblütig in allen Einzelheiten und Ausführungen durchgedacht werden. Admiral Kato habe erklärt, vom japanischen Standpunkt aus seien die Vorschläge des Sekretärs Hughes logisch. Er empfehle den allgemeinen Grundab, den Japan bis zum Neuerstern durchzuführen bereit sei. Japan sei ebenfalls bereit, die von Staatssekretär Hughes vorgeschlagene Stärke der britischen, amerikanischen und japanischen Flotten anzunehmen. — Repton berichtet im „Daily Telegraph“, der allgemeine Eindruck auf der Konferenz sei, daß der Plan angenommen werde. — Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning-Post“ meldet, er sei in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß Japan den Vorschlag Hughes annehmen werde. Auch die britischen Delegierten stimmten dem Pläne Hughes zu. Man schätze, daß die Durchführung des amerikanischen Programms für den britischen Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von etwa 50 Millionen Pfund Sterling bedeuten würde. Die Amerikaner hofften, daß die Frage des fernsten Ostens ebenso leicht geregelt werden könne, wie die Frage der Abrüstungseinschränkung; japanische Kreise in Washington seien jedoch weniger optimistisch in dieser Hinsicht. Die Japaner sahen die politische Lage des fernsten Ostens als das Herz des gesamten Problems an.

Französische Pressestimmen.

Paris, 14. Nov. Perlinag labelt dem „Echo de Paris“ über den Plan von Hughes man befände sich einem sorgfältig berechneten Akt gegenüber. Der amerikanische Staatsmann habe an die innere Politik gedacht. Er habe allen denen, die für die Budgetsparsankt kämpfen und die mit den Senatoren Borah und Johnson immer wiederholen, die Einschränkung der Bewaffnung mühe reich und radikal erfolgen, selbst wenn dies die Aufgabe von China bedeute, Befriedigung geben wollen. Sein System könne man in einem Wort zusammenfassen: englisch-amerikanische Entente. — Auch der Berichterstatter des „Petit Journal“ telegraphiert, das Programm Hardings und Hughes lähme im Inneren die Opposition der extremistischen Senatoren und die Haltung der demokratischen Partei, die den Republikanern Unfruchtbarkeit ihrer Politik vorge-

8 Uhr
Vortrag
aus Stuttgart
und die
Hausbesitzer,
als hingewiesen.
Vortragsverein Calw.

Badischer Hof
abend 8 Uhr:
Lasso
und Tod

7 1/2 Uhr
Hofes
Abend
Ernstes
Dichtung
neuen Dichtungen.
4.40 und 2.75
Kirchherr.

Einrichtung
Kaufmann,
17. ds. Wts., von
Leoderstraße 113
1 Firmenschild,
mit Gestell, 1
3 Sessel, 2
Vorgänge

Gerichtsnotar Kragl
Verloren
am Samstag
eine graue
Gelomappe
mit Inhalt.
Bitte dieselbe gegen gute
Belohnung abzugeben in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

20 000 Mark
gegen gute Sider
sofort auszuleihen.
Wo, ist zu erfragen auf der
Geschäftsstelle ds. Blattes.

Weibliche
Bürokräft
anzunehmen, eodm mit
bestm. Schulbildung
für sofortigen Eintritt
gekauft.
B. Jahn & Co. Calw.
10 Festscheit
Holz
Jakob Böhler,
Breitenberg.

Amliche Bekanntmachungen.

Befugung des Ernährungsministeriums über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1921.

Für die zufolge der Bundesratsverordnungen vom 30. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 81) und vom 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 387) sowie der Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministeriums vom 13. Oktober 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1795) und vom 14. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) am 1. Dezember 1921 vorzunehmende Viehzählung wird folgendes bestimmt.

§ 1. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Esel, Maultiere und Maultesel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner), zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke.

§ 2. Die Durchführung der Viehzählung liegt den Gemeindebehörden ob.

§ 3. Die Viehbestände werden durch Zähler mittels Ortslisten in der Weise aufgenommen, daß die Zähler am Zählungstag die Stückzahl des Viehs nach den in der Ortsliste unterschiedenen Gattungen und Unterabteilungen sowie unter Beachtung der der Ortsliste aufgedruckten Bestimmungen von Haus zu Haus (Stall zu Stall) erfragen und in die Ortsliste eintragen.

Als Zähler sind nur zuverlässige und möglichst ortskundige Personen zu bestellen.

Der Zähler hat die Richtigkeit des durch Befragung des Viehbefizers ermittelten Viehbestandes so gut als möglich durch persönlichen Augenschein nachzuprüfen. Der Ortsvorsteher hat die Zähler auf die Notwendigkeit dieser Nachprüfung besonders hinzuweisen.

In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern können den Viehbefizern, die der Gemeindebehörde bekannt sind, be-

sondere, von der Gemeinde auszugebende Zählfragebogen mit der Post unter der Auflage der Rücksendung an eine bestimmte Stelle zugelandt werden. Solche Viehbefizer sind mit ihrem Viehbestand gleichfalls in die Ortsliste aufzunehmen.

§ 4. Von den Ortsvorstehern ist vor der Zählung in ortsüblicher Weise bekannt zu geben, daß am 1. Dezember 1921 eine Zählung der Pferde, der Esel, der Maultiere und Maultesel, des Rindviehs, der Schafe, der Schweine, der Ziegen, des Geflügels (Gänse, Enten, Hühner), der zahmen Kaninchen (Stallhasen) sowie der Bienenstöcke stattfindet. Die Ortsvorsteher haben in dieser Bekanntmachung jedermann, der solche Tiere haben in dieser Bekanntmachung jedermann, der solche Tiere besitzt, unter Hinweis auf die Strafbestimmungen (§ 4 der v. g. Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917) aufzufordern, die in seinem Besitz befindlichen Tiere dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, oder in dem Zählfragebogen der ihn zugehört wird, genau anzugeben, und wenn bis zum Ablauf des Zählungstags weder ein Zähler gekommen noch ein Zählfragebogen zugehört worden ist, die Tiere spätestens bis zum 3. Dezember 1921 dem Ortsvorsteher oder der von dem letzteren bezeichneten Stelle anzuzeigen.

§ 5. Der Ortsvorsteher hat die ausgefüllten Ortslisten auf ihre Vollständigkeit und auf die Richtigkeit der einzelnen Einträge zu prüfen, die nachträgliche Ergänzung oder Berichtigung unvollständiger, ungenauer oder unrichtiger Einträge zu veranlassen und die Prüfung zu beheimatigen.

Die Ortsliste ist von dem Ortsvorsteher unter Beachtung der ihr aufgedruckten Bestimmungen abzuschließen und spätestens am 9. Dezember 1921 an das Oberamt einzufenden.

§ 6. Das Oberamt hat die Ortslisten, insbesondere unter Vergleichung mit dem Ergebnis der vorangegangenen Zählung vom 1. Dezember 1920, zu prüfen und je nach dem Befunden deren Berichtigung zu veranlassen. Sodann hat das Oberamt

die Gemeindeergebnisse unter Verwendung des Ortslistenendrucks in einer Oberamtsliste zusammenzustellen und das Ergebnis für den Oberamtsbezirk im ganzen rechnerisch festzustellen.

Die Oberamtsliste ist doppelt zu fertigen. Eine Fertigung ist für die Zwecke des Oberamts bestimmt, die andere ist bis 12. Dezember 1921 an das Statistische Landesamt in Stuttgart einzufenden.

§ 7. Die durch die Zählung den Gemeinden erwachsenden Kosten sind von der Gemeindefasse zu tragen.

Die für die Zählung erforderlichen Vordrucke (Ziel- und Einlagebogen) zur Ortsliste werden den Gemeinden von den Oberämtern zugelandt.

Sofern die Ortslistenvordrucke nicht spätestens am 27. November 1921 den Gemeinden zugekommen sind, ist unverzüglich an das Oberamt Anzeige zu erstatten.

Stuttgart, den 3. November 1921. Schall

Die Schultheißenämter, welche für die Durchführung der Zählung zu sorgen haben, werden beauftragt, die beteiligten Kreise auf diese Zählung aufmerksam zu machen und sie besonders auf die bestehenden Strafbestimmungen hinzuweisen, wonach derjenige, welcher vorzüglich eine Anzeige, zu der er auf Grund der betr. Verordnung oder Ausführungsbestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet, oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft wird; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für den Staat für verfallen erklärt werden.

Calw, den 11. 11. 21. Württ. Oberamt: Bögel, Amtmann.

worfen hätten. Außerlich habe Amerika weder etwas zu gewinnen, noch etwas zu verlieren.

Paris, 14. Nov. Bertinax kauft dem „Echo de Paris“ die Annahme des Hughes'schen Programms könne England von jeder ernstlichen Entente mit Frankreich entfernen. In zweiter Linie sei der Tag der Eröffnung der Konferenz als ein schlechtes Präzedenz zu betrachten. Hätten nicht gewisse Angelegenheiten vor, in Washington die Frage der Reparationen und der Befreiung des Rheinlands mit Hilfe einer imperativen Erklärung zu regeln? Noch ein drittes unangenehmes Symptom erblickt Bertinax in dem Verschwinden der französischen Sprache. Außer Briand hätten sämtliche Redner, selbst italienische und belgische, englisch gesprochen.

Gegen die Stilllegung der Deutschen Werke.

Die Note der deutschen Regierung.

Berlin, 15. Nov. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, ist die Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Deutschen Werke am Sonntag dem General Kollat in Berlin und gestern durch den deutschen Botschafter in Paris der Botschafterkonferenz überreicht worden. Die Note wird heute veröffentlicht werden.

Die deutschen Arbeiter bei General Kollat.

Berlin, 14. Nov. Eine Abordnung der Betriebsräte der Deutschen Werke ist von dem Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission, General Kollat, empfangen worden. Zu dem gestrigen Besuch der Arbeiterabordnung der Deutschen Werke bei General Kollat weiß der „Berliner Lokalanzeiger“ mitzuteilen, die Abordnung habe betont, daß die Forderungen der Interalliierten Kommission in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft deshalb als schändlich empfunden würden, weil die deutsche Arbeiterschaft selbst beiträgt, die Herstellung von Kriegswaffen über das durch den Friedensvertrag bedingte und zulässige Maß hinaus zu verhindern. Die Arbeitervertreter bedeuteten ferner General Kollat, daß das Verlangen der Interalliierten Kommission die gesamte deutsche Arbeiterschaft in Erregung versetzt habe und daß man fest entschlossen sei, die geplanten Maßnahmen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern, da hier 10 000 Arbeiterfamilien bedroht seien.

Berlin, 14. Nov. Die Vertreter des Gesamtbetriebsrats des Werkes Spandau der Deutschen Werke A. G. unter Führung des Vorsitzenden Lück haben heute im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Kollat verhandelt. Bei der Besprechung war auch General Bingham zugezogen. In der mehrstündigen Besprechung begründete der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats die Forderung der Arbeitnehmer, die auf Zurückziehung der seit September 1921 gegen die Deutschen Werke A. G. erlassenen Noten abzielt. Die Vertreter der Arbeiterschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf der Erfüllung ihrer Forderung bestehen würden. General Kollat versprach, die von den Arbeitnehmervertretern gegen die Entente-maßnahmen vorgebrachten Gründe der Botschafterkonferenz zu übermitteln, da er diese Gründe für die Aufhebung der Noten durchaus würdige. Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob die alsbaldige Zurücknahme der Noten durch die Botschafterkonferenz erfolgt.

Besuch der Spandauer Werke durch die Berliner Gewerkschaften.

Den Blättern zufolge stattete gestern die Berliner Gewerkschaftskommission den Deutschen Werken in Spandau einen Besuch ab, um sich davon zu überzeugen, was dort hergestellt wird. Nach einem Rundgang erklärte sich die Gewerkschaftskommission restlos für die Forderungen der Arbeiterschaft, die sie mit allem Nachdruck vertreten wollte. Auch der kommunistische Abgeordnete Matshahn hat gestern die Werke besucht.

Matshahn verteidigt sich.

Berlin, 15. Nov. Die „Freiheit“ veröffentlicht eine Erklärung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Matshahn, die besagt, daß seine Äußerung im Reichstag über die Herstellung von Waffen in den Betrieben der Deutschen Werke vom Zentralbetriebsrat in Spandau mißdeutet worden seien. Er habe nicht positiv behauptet, daß in den Spandauer Werken Kriegsmaterial angefertigt werde. Er deutet an, daß die Mitglieder des Zentralbetriebsrats das Opfer einer falschen Berichterstattung geworden seien.

Die Kredithilfe der deutschen Industrie.

Das Reichskabinett in Beratung der Reparationsfragen und der Bedingungen der deutschen Industrie.

Berlin, 14. Nov. Das Reichskabinett trat heute nachmittags zu einer Sitzung zusammen und verhandelte über die schwereren Fragen der Reparationsverhandlungen und der Kreditaktion der Industrie. An den Beratungen nahmen neben den Ministern die Staatssekretäre der verhandelnden Ressorts teil. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen nachmittag ortgelegt. Ueber die Besprechungen mit der Reparationskommission gehen in der Presse die verschiedensten Gerüchte um. Hierzu wird festgestellt, daß alle Mitteilungen über die Verhandlungen auf Kombinationen beruhen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Solange die Verhandlungen dauern, können amtliche Erklärungen darüber aus Gründen des Staatsinteresses nicht erfolgen. Als bald nach Abschluß der Beratungen wird ihr Ergebnis bekannt gegeben werden. Gegebenenfalls wird die Regierung dem Reichstag Mitteilungen machen.

Der deutsche Beamtenbund gegen die Bedingungen.

Berlin, 14. Nov. Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt und wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, die Not des Reichs auszunutzen, um die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privathand zu bringen. Die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patriotische Großtat ausgegeben wurde, soll nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzt werden. Die Aneignung der Eisenbahnen, die nötig ist, kann ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des Privatkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Mit der Eisenbahnbeamtenchaft sind auch alle in dem Deutschen Beamtenbund organisierten Beamten darüber einig, daß dieser selbstthätig, mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.

Die freien Gewerkschaften gegen die Christlichen für die Entstaatlichung der Eisenbahn?

Berlin, 14. Nov. Der „Vorwärts“ tritt den Gerüchten entgegen, wonach der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, dem Reichslanzler erklärt habe, daß der Gewerkschaftsbund und auch die sozialdemokratische Partei bereit wären, sich auf eine Entstaatlichung der Reichseisenbahnen einzulassen. Leipart habe dem Reichslanzler in der Besprechung am 11. November den Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt, der die von den Industriellen erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt. Leipart habe des weiteren die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die unerhörten Unternehmerforderungen strikte ablehnen werde. — Einen andern Standpunkt soll, wie das Blatt hört, Baurusch von den christlichen Gewerkschaften eingenommen haben.

Die deutschen Eisenbahner gegen eine Entstaatlichung der Reichseisenbahn.

Berlin, 14. Nov. Am 10. November waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten u. Arbeiter, der Hauptbeamtenrat und der Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichsbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisations- und Betriebsvertretungen sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Aenderung in der Betriebsform der Reichsbahnen aus. Sie überreichten dem Verkehrsminister folgende Entschließung mit der Bitte, sie unverzüglich zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen: Die heute im großen Sitzungssaal des Volksbader Bahnhofs versammelten bevollmächtigten Vertreter sämtlicher Betriebsorganisationen des Eisenbahnpersonals sind sich darüber einig, daß die deutschen Reichsbahnen nur in der Form des unmittelbaren Betriebs durch das Reich die Gewähr für eine richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben bieten können. Sie lehnen deshalb

aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklären, daß sie den Bestrebungen auf Entstaatlichung der Bahnen mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten und in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken werden. Von dem Herrn Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er seinerseits mit allen Mitteln den Versuch nach Privatisierung der Bahnen sich entgegenstellt.

Zur Lage in Rußland.

Anschlag auf Tschitscherin?

Königsberg, 14. Nov. Nach einer Meldung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ aus Riga soll am 4. November auf Tschitscherin in seinem Empfangszimmer ein Attentat verübt worden sein. Es seien auf ihn zwei Revolverkugeln abgegeben worden, die aber fehlgingen. Der Attentäter soll Mitglied der sozialrevolutionären Terroristengruppe sein. Eine von den linken Kommunisten geführte außerparlamentarische Kommission habe 300 Verhaftungen vorgenommen. Der Präsident des Obersten Wirtschaftsrats, Bogdanoff sei abgesetzt und der Kommissar zur Bearbeitung der ausländischen Konzeptionen verhaftet worden.

Verhinderung des Ausflusses in der Ukraine.

Bukarest, 15. Nov. Die Agentur Orient-Radio meldet: Nachrichten aus Bessarabien besagen, daß die Sowjettruppen die Grenze am Dnepr verlassen, weil eine Verhinderung der Ausflugsbewegung in der Ukraine sie zum Rückzug zwingt.

Ausland.

Die mitteleuropäische Krise. Die Ostreicher im Burgenland.

Wien, 14. Nov. Wie amtlich gemeldet wird, haben die Sowjettruppen heute die vorgeschriebene Marschlinie ohne Störungen erreicht.

Nutritt der ungarischen Regierung?

Budapest, 14. Nov. (Ung. Korrespondenz-Büro.) Ministerpräsident Graf Bethlen gab dem Reichsverweser die Demission der Regierung bekannt. Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

Eine Stimme der Vernunft aus Frankreich.

Paris, 14. Nov. In der „Ere Nouvelle“ schreibt Gaston Jeze zur Frage etwaiger deutscher Zahlungsschwierigkeiten, man könne davon überzeugt sein, daß die Anwendung von Gewalt zu nichts anderem führen werde als zum Krieg und zum Bruch mit den Alliierten. Man müßte mit den Alliierten verhandeln, um sie dazu zu bringen, einzugreifen, damit die Krise wirtschaftlich und finanziell in einem den berechtigten Interessen Frankreichs entsprechenden Sinne geregelt werde. Frankreich müsse geschickt und klug mit allen seinen Kräften der deutschen Demokratie helfen. Man dürfe nichts unternehmen, was ihr Emporkommen und ihre Konsolidierung verzögere. Jedes Land müsse leiden, wenn 65 Millionen kultivierte Menschen wirtschaftlich und finanziell in eine solche Lage versetzt würden, daß sie nicht normal produzieren und verbrauchen könnten.

Die Politik des neuen japanischen Ministerpräsidenten.

Tokio, 15. Nov. (Havas.) Ministerpräsident Sitahara hat erklärt, daß er vollständig der Politik des verstorbenen Yamagata hinsichtlich der Washingtoner Konferenz beistimme. Er sei überzeugt, daß diese Konferenz von Erfolg gekrönt sein werde.

Zur Krise in Polen.

Rowno, 14. Nov. Laut Nachricht der „Lita Tel. Ag.“ aus Wilna sind Zeligowski und der Vorsitzende der Wilnaer Verwaltungskommission, Holzbedi, zurückgetreten und nach Warschau gereist. An die Spitze der Zivilverwaltung ist der polnische Großgrundbesitzer Alexander Lejstowitsch, der im Rownoer Gebiet Güter besitzt, und an die Spitze der Militärverwaltung General Konarzewski getreten.

Vom ge...

Der Verein... hat eine... Bewalt. Mi... brige Tätigk... lammearbeit... is gelungen... Dieleben... Nebenbauten... einheitlichen... gelangene... der Erstellung... Für 25... Staat eingeg... habe der Stiel... von der Stad... vertrag mit... Karl. Hiefü... müssen zu 4... jedoch wöhre... hier erhielt... Karl, wovon... zu genehmig... das Verholz... stelle. Die n... von 70 000... der wirtl. B... In der Ausf... für die erstel... alle fühlten... werden sie a... richter, dami... ber-n und g... stücke im N... Bau von E... leiten würd... die Laiken d... leidet bei ur... hülern viel... Großes daz... können. Zeh... hoch, wenn f... heraus in ei... Der Vorj... er gab nur... für das K... angegangen... Architekt M... bad. 4) Ar... Breite er... 3. Architekt... Er erklä... Standpunkt... einzelnen E... führung des... wurf von A... einteilung h... vorerst zu t... gen, aber au... nen, wenn f... Architekt G... gängende Au... das de Land... die gelungen... sehr gut gek... 40 Prozent... bis 100000... nehmen, daß... dand erhöht... wendung fin... famelistrück... G. R. Sa... wertung die... den. Die E... Jahren wer... wechnung h... einmal geb... feigern und... lilliger. Di... Entwertung... 1922 nicht g... projekt hinj... lich. G. R. S... gehalten hä... namie des... Straß geba... Wege. Das... sch jetzt den... daß der Ger... Zahl der bis... solle. Dies... verlangt wo... die neuen E... gemäß verm... Raugelände... hunde sich... fenden sich... Mitglieder... Die eingeg... tens waren... ausgelegt;

ung des Ortsleiters
ammensstellen und das
ganzen rechnerisch fest
rtigen. Eine Festigung
nimmt, die andere ist bis
Landesamt in Stutt
Bereitschaften erwachsenden
tragen.
Vordrude (Ziel und
den Gemeinden von den
Spätestens am 27.
men sind, ist unverzüg
ten.
Schall.
die Durchführung der
auftragt, die beteiligten
zu machen und sie be
immungen hinzuweisen.
ne Anzeige, zu der er
Ausführungsbestimmungen
wissenschaftlich unrichtige
mit Gefährnis bis zu 8
10 000 Mark bestial
nein verschwiegen wor
erfallen erklärt werden.
Wirt. Oberamt:
Bögel, Amtmann.

Vom gemeinnützigen Siedlungsverein Calw.

Der Verein hatte am Freitag den 11. Nov. im Badischen Hof eine Mitgliederversammlung, bei welcher der Vorsitzende Herr W. Staudenmeyer einen Rückblick über die seitige Tätigkeit des Vereins gab. Dank der gedeihlichen Zusammenarbeit des Vereins mit den hiesigen Bauhandwerkern ist es gelungen, 5 Doppelhäuser an der Wegschlaufe zu erstellen. Dieselben seien jetzt bezogen. Die Gartenanlagen, etwaige Nebenbauten für Geflügelzucht usw. werden noch nach einem einheitlichen Plan fertiggestellt werden, so daß die Siedlung ein gelungenes Ganzes bilden werde. Er dankte allen, welche bei der Erstellung tätig waren.

Für 25 Gebäude hätte man jetzzeitig Baubeträge beim Staat eingeeben; 12 davon seien bewilligt worden, das wäre ein Beitrag für Staat und Stadt von 288 000 M. Erhalten habe der Siedlungsverein bis jetzt von dem Staat 135 000 M., von der Stadt 35 000 M., außerdem habe er einen Darlehensvertrag mit der Oberamtspflege bis zum Betrag von 500 000 Mark. Hiefür leiste die Stadt Bürgschaft. Diese Darlehen müssen zu 4 1/2% verzinst werden; der Kommunalverband zahle jedoch während 5 Jahren 1/2% davon. Von der hiesigen Industrie erhielt der Siedlungsverein in dankenswerter Weise 60 000 Mark, wovon es möglich war, den hiesigen Siedlern je 3000 M. zu genehmigen. Anerkannt muß auch werden, daß die Stadt das Verbot zu einem sehr niedrigen Preise zur Verfügung stellte. Die neu erbauten Eigenheime werden den Voranschlag von 70 000 M. nicht überschreiten. Der Verein sei dem Verband der wirt. Bauvereine beigetreten und habe jetzt 88 Mitglieder. In der Aussprache dankte G. N. Wegel im Namen der Siedler für die erstellten Eigenheime. Er lobte deren Einteilung. Sie alle fühlen sich im neuen Heim glücklich und zufrieden, auch werden sie alles tun, um die Gärten so bald als möglich herzustellen, damit die Siedlung auch in dieser Beziehung einen lauberen und geordneten Eindruck mache. Herr Widmayer erläuterte im Namen der hiesigen Hausbesitzer, daß auch sie den Bau von Einfamilienhäusern begrüßen. Viele Mietsstreitigkeiten würden dadurch wegfallen und die Siedler lernen auch die Lasten des Hausbesitzers kennen. G. N. Wegel betonte, daß leider bei uns in Deutschland mit dem Bau von Einfamilienhäusern viel zu spät begonnen worden sei, früher hätte man Großes darin leisten und dadurch viel Zufriedenheit schaffen können. Jetzt sei dies viel schwerer. Viele hiesige Mieter wären froh, wenn sie aus ihren Mietwohnungen und Mietsstreitigkeiten heraus in ein Eigenheim ziehen dürften.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Stadtschultheiß Höhrer gab nun das Ergebnis des Preisausschreibens für das Kapellenbergprojekt bekannt. 4 Pläne sind eingegangen von: 1) Architekt Gebhardt in Stuttgart, 2) Architekt Mädele in Stuttgart, 3) Architekt Moser in Fellbach, 4) Architekt Vinder in Stuttgart. Preise erhielten: 1. Architekt Gebhardt, 2. Architekt Mädele, 3. Architekt Moser.

Er erläuterte nun an der Hand der ausgelegten Pläne den Standpunkt des Preisgerichts, sowie die Vor- und Nachteile der einzelnen Entwürfe, wobei allgemein die vereinfachte Straßeneinführung des Gebhardt'schen Entwurfs aufiel, während der Entwurf von Architekt Mädele eine sehr gut ausgearbeitete Garteneinteilung hatte. Der Straßenaufbau von den hohen Felsen sei vorerst zu teuer, man müsse sich mit einer Art Gelweg begnügen, aber auch hiefür sei der Gemeinderat nur dann zu gewinnen, wenn sich eine genügende Anzahl Bauaufträge melde. Herr Architekt Gebhardt, welcher anwesend war, machte nun ergänzende Ausführungen über seinen Entwurf, insbesondere über das der Landschaft sehr gut angepasste Bild desselben, bei welchem die gelungene Abwechslung von Reihens- und Familienhäusern sehr gut gelöst ist. Die Kosten werden sich bei Neubauten 30 bis 40 Prozent höher stellen, so daß mit einem Betrage von 90 000 bis 100 000 Mark gerechnet werden müsse. Es sei jedoch anzunehmen, daß auch die Staats- und Stadtbeiträge dementsprechend erhöht werden, da ja die kommende Meiststeuer hierfür Verwendung finde. Mehr und mehr werde man bei uns aus Sparmaßnahmen zurückweichen und zur Rohnische übergeben müssen. Herr G. N. Wegel erklärte nun, daß bei der jetzigen Marktlage die neuen Bauten nicht absehbar zu wirken brauchten. Die Steigerung der Löhne werde folgen. In den ersten Jahren werden die Siedler wohl etwas teurer als in der Mietwohnung wohnen; wenn aber mit dem Zwang im Wohnungswesen einmal gebrochen werde, dann werden die Mieten sich rasch steigern und dann sei jedenfalls der Sitz in einem Eigenheim billiger. Die Entwicklung in Oesterreich lehre dies und die Entwertung der Mark sei noch nicht an ihrem Ende. Wenn 1922 nicht gebaut werde, dann sei allerdings das Kapellenbergprojekt hinfällig, denn 1923 sei ein Bau wohl nicht mehr möglich. G. N. Wegel brachte zum Ausdruck, daß diejenigen, welche behalten hätten, welche im Frühjahr für eine rasche Inangriffnahme des Kapellenbergs eingetreten seien. Jetzt wäre die Straße gebaut und dem Siedlungsbau stünde nichts mehr im Wege. Daß das Hinausschieben ein großer Fehler war, zeigte sich jetzt deutlich. Es wurde auch noch zum Ausdruck gebracht, daß der Gemeinderat seine Entscheidung nicht allzu sehr auf die Zahl der bis zum Donnerstag sich meldenden Bauaufträge setzen sollte. Dies sei bei früheren derartigen Straßenaufbauten auch nicht verlangt worden. Zur Zeit sei die Entscheidung sehr schwer, da die neuen Staatsbeiträge nicht bekannt seien und erfahrungsgemäß vermehre sich die Zahl der Bauaufträge von jetzt. Neues Baugelände müsse hier unbedingt erschlossen werden und es handle sich doch um eine durchaus gemeinnützige Sache. Es meldeten sich nun 9 Bauaufträge. Mit Worten des Dankes an die Mitglieder schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung. Die eingegangenen Pläne und Entwürfe des Preisausschreibens waren vor und während der Versammlung zur Besichtigung ausgelegt; sie fanden ein reges Interesse bei den Mitgliedern.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. November 1921.

Vortragsabend Otto Keller.

(O) Otto Keller, der bekannte, auch im Schwarzwald geschätzte Dichter in schwäbischer Mundart wird am Freitag abend „Heiteres und Ernstes“ aus seinen neueren Dichtungen hier zum Vortrag bringen. Die Freunde schwäbischer Stammesart weisen wir auf diesen Abend hin. Gemüt und Humor werden gleichermaßen zum Wort kommen. (Näheres siehe Anzeige.)

Straßburg-Feier der Technischen Hochschule Stuttgart.

In Anwesenheit des gesamten Professorenkollegiums mit dem Rektor hat die Studentenschaft der Technischen Hochschule die 300. Wiederkehr des Gründungsjahres der Universität Straßburg im Sieglehaus festlich begangen. Der Akademische Sängerbund Schwaben hatte den musikalischen Teil der Feier übernommen. Der Erstbegründer der Stadt Straßburg und Vorsitzende des A. A. stud. Rudolf Ruf, hielt die Begrüßungsansprache, der Heidelberger Kirchenhistoriker Geheimrat Prof. Dr. Hans von Schubert die Festrede, in der er, der früher in Straßburg lehrte, das Verlorene schilderte und zu dem Gelübde aufforderte, am Geiste der alten, herrlichen Universität festzuhalten, die einst im Reiche eine so glänzende Entwicklung genommen habe. Der Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Guibier, grüßte Straßburg, die wunderschöne Stadt, und erteilte die Anwesenheit auf, mit der ganzen Kraft der Hingabe an die Wissenschaft auch dem deutschen Vaterlande anzugehören.

Wintmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Hoch- und Tiefdruck hatten sich in Süddeutschland die Wage. Am Mittwoch und Donnerstag ist trodenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Wärmewirtschaftliche Tagung.

(S) Stuttgart, 14. Nov. Im Landesgewerbe-Museum fand im Zusammenhang mit der heiztechnischen Sommerausstellung eine wärmewirtschaftliche Tagung für Architekten, Bauaufseher und Vertreter der Heizungsanlagenstellen statt, die angesichts unserer Brennstoffnot erhöhte Bedeutung hat. Für das Landesgewerbeamt sprach Bauamt Meuth Begrüßungsworte, für das Arbeitsministerium der Vorstand des Landesbrennstoffamts, Pfälzer. Die Tagung war von Fachleuten, besonders von Fernstudienbauern und Regierungsbeamteten zahlreich besucht. Im ganzen sind vier Vorträge in zweiwöchigen Beratungen vorgetragen. Professor Schärfer von der Technischen Hochschule in München behandelte die wärmewirtschaftlichen Anlagen und die Ausgestaltung der Gebäude. Er wünschte, daß die Architekten bei Siedlungsbauten sich mehr von wirtschaftlichen und hygienischen Gesichtspunkten leiten lassen. Auch wurde mehr Berücksichtigung der Wärmetechnik gefordert. Er regte für diese Zwecke Richtlinien an, gegen die aber von der Baupolizei Widerstand geltend gemacht wurde. Für die Wärmepufferung empfahl er Ziegelmöndee und als Fußbodenbelag Plinoleum mit Korkunterlagen oder Holzböden, überhaupt Bodenbeläge mit rauher Oberfläche. Nachmittags sprach Stadtrat Eder über die häuslichen Einzelheizungen.

Vom Landtag.

(S) Stuttgart, 12. Nov. Die kommunistische Partei hat im Landtag folgende Anträge eingebracht: Wie uns von durch aus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat das Wirtschaftsministerium (Finanzamt) der Firma Daimler Motoren-Gesellschaft, Unterürkheim, im Steuerjahr 1919/20 den größten Teil der Gewerbesteuer erlassen. Die Summe der so erlassenen Steuer beträgt allein im Jahre 1920 8,7 Millionen Mark. Wir fragen den Minister was für Gründe maßgebend waren, um einer Firma derartige Liebesgaben zuzuwenden usw.?

(S) Ulmsteig, 14. Nov. Vom Dienstag an verkehren von hier ab nach Dornstetten bei Breudenstadt jahresplanmäßige Kraftwagen-Personenposten.

(S) Heilbronn, 13. Nov. In Raftatt wurde ein Hündler namens Gruber festgenommen, dem bis jetzt insgesamt 115 Betrugsfälle nachgewiesen wurden. Auch im Bezirk Heilbronn gab er unter dem Namen Dops verschiedene Leute betrogen. — Verhaftet wurde ferner und vorläufig im Gefängnis zu Calw untergebracht der 28 Jahre alte Karl Sieb von Calmbach, der sich unter dem Namen Klapp von Höfen eine Reihe von Diebstählen und Verurteilungen zuzuschreiben kommen ließ.

(S) Stuttgart, 12. Nov. Heute feiert Finanzminister a. D. v. Piörrius seinen 60. Geburtstag. Er gilt heute noch in der Finanzwissenschaft und dem Steuerrecht als Meister und Sachkenner. An der Universität Tübingen hält er Vorlesungen über Finanzwissenschaft und Steuerrecht und bekleidet zugleich die ordentliche Professur für Wirtschaftswissenschaft an der hiesigen Technischen Hochschule. Der hochverdiente Gelehrte hat sich auch unter den neuen staatlichen Verhältnissen Verdienste erworben.

(S) Heilbronn, 12. Nov. Vor dem Schöffengericht Heilbronn hatte sich gestern der bekannte Wanderapostel Ludwig Häußer aus Bönnigheim, zur Zeit ohne festen Wohnsitz, wegen Verleumdung des Gerichtsvollziehers Deyhle zu verantworten. Der Gerichtsvollzieher hat im Juni ds. Js. das Eintrittsgeld bei der Verammlung Häußers gepfändet, wobei es eine auferlegende Szene gab. Häußer wurde wegen Verleumdung zu der Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt, welche durch die erteilte Unteruchungshaft als verbüßt betrachtet wird. Bei der Verhandlung hatte sich eine große Zahl von Häußers Hängern männlichen und weiblichen Geschlechts eingefunden.

(S) Heilbronn, 13. Nov. Am 11. November vormittags halb 8 Uhr war der verheiratete Hausdiener Adolf Keim von hier bei seinem Arbeitgeber der Firma Uebel und Lechleiter mit der Bewienung des Lastaufzugs im Fabrikgebäude tätig und wollte, als er den Aufzug, der mit Risten beladen war, zum zweitenmal in Bewegung setzte, im zweiten Stock anhalten. Er

hat jedoch die zum Anhalten vorhandene Vorrichtung falsch gestellt, so daß der Aufzug nicht im zweiten, sondern im dritten Stock angehalten hat. Keim ging die Treppe hinauf und wollte, in der Meinung, der Aufzug habe im zweiten Stock angehalten, durch die Türe daselbst gehen und mit dem Ausladen des Aufzugs beginnen. Er stürzte durch den Aufzugschacht ab und blieb bewußtlos auf dem Boden liegen. Ins Krankenhaus verbracht, ist er kurz darauf, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, gestorben.

(S) Schramberg, 12. Nov. In der letzten Sitzung des Gemeinderats kam der Erwerb von Grundeigentum für Krankenhaus und andere Zwecke zur Sprache. Er handelt sich um den Erwerb eines Platzes für das künftige Bezirkskrankenhaus auf dem Sonnenberg. Der Eigentümer, Kommerzienrat Junghans, hat sich bereit erklärt, der Stadt diesen Platz von 25 Ar gegen Wegunterhaltungsverpflichtung mit dem ganzen, 300 Räume umfassenden Holzbestand, unentgeltlich abzutreten gegen die Bedingung, daß die Stadt auf die ihr gedachte Kunst- und Altertumsammlung von Kommerzienrat Junghans verzichtet. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. — Die Eisenbahn-Generaldirektion ließ der Stadt mitteilen, daß sie auch den bisherigen Verhandlungen nur einen Anteil am baren Kaufschilling zu den Grunderwerbskosten in Höhe von rund 50 000 Mark zu leisten haben sollte, jetzt aber für Erstellung der Baustruktur 60 000 M. als weiteren Beitrag leisten müsse. Ein Vergleichsvorschlag kam nach Verhandlungen der Stadt mit Vertretern der Generaldirektion zustande, demzufolge die Stadt noch weitere 45 000 M. zu leisten hat. Der Gemeinderat hatte nur gute Miene zu diesem Spiel zu machen und sich dem Vorschlag anzuschließen.

(S) Friedrichshafen, 13. Nov. Der Nordweststurm am Donnerstag hat der badischen Fischer in Straz großen Schaden zugefügt. Infolge des Fehlens eines Hafens oder einer geschützten Bucht als Ankerplatz für die zahlreichen und wertvollen Fischermotorboote sind durch den hohen Wellengang fünf und in der Nacht zum Freitag zwei weitere Motorboote untergegangen. Die Boote waren deshalb noch im Freien, weil bis jetzt die Fischererei ausgeübt wurde. Die Boote sollten aber auch weiter auf See bleiben, da demnächst die Fischererei aufgenommen werden sollte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Walu'a-Markt.

Frankfurt, 14. Nov. 11 U. Der Devisenmarkt erfuhr heute nicht so schwachen Kursen als am Wochenanfang. Es wurden genannt: Holland 9500, Schweiz 5200, Paris 1950, Brüssel 1875, London 1075, Kabel Newyork 272. (Zrf. Ztg.)

Berlin, 14. Nov. Die Devisen waren gegen 10 Uhr bei Angebot weiter schwächer. Es wurden genannt: Kabel Newyork 277, London 1085, Holland 9500. (Zrf. Ztg.)

Ausfall von Vörsentagen in Stuttgart.

(S) Stuttgart, 12. Nov. Die Börse bleibt außer an den Samstagen auch am Mittwoch, den 16. November, Mittwoch, den 23. November und Mittwoch, den 30. November, geschlossen.

Landesproduktenbörse.

(S) Stuttgart, 14. Nov. Die feste Stimmung auf dem Getreidemarkt hat auch in abgelaufener Woche angehalten. Das Angebot blieb immer noch sehr schwach, andererseits beobachteten die Käufer bei den täglich steigenden Forderungen große Zurückhaltung. Die heutigen Notierungen sind als normell zu betrachten. Es notierten je 100 Kilogramm ab württemberg. Stationen: Weizen, je nach Reifezeit, 760—790 M. (in der Vorwoche 680—700), Roggen gefrischen (550—600), Sommergerste 680—730 (unverändert), Hafer 500—540 (490—510), Weizenmehl Nr. 0, Nov.-Lieferung 1150—1200 (1000—1020), Brotmehl 900—950 (750—770), Kleie 400—420 (330—350), württ. Senf 200—220 (180—200), drahtgepresstes Stroh 80—90 M. (unv.).

Großhandelsindexziffer im Oktober.

Berlin, 12. Nov. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der katastrophalen Marktentwertung von 2067 im Durchschnitt des Monats September auf 2400 im Durchschnitt des Monats Oktober emporgeschossen. Die Preissteigerung ist allgemein und zwar liegen Getreide und Kartoffeln von 2016 auf 2380, Fleisch, Fische und Fette von 1943 auf 2325, Kolonialwaren von 2377 auf 3099, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2030 auf 2417, ferner Häute und Leder von 3727 auf 4539, Textilien von 3070 auf 4176, Metalle von 2035 auf 2965, Kohlen und Eisen von 1830 auf 1885, Industriestoffe zusammen von 2155 auf 2539. Die vorwiegend im Inland erzeugten Waren: Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fische, Fette, Kohlen, Eisen, stiegen von 1952 auf 2235, die vorwiegend aus dem Ausland eingeführten Waren von 2543 auf 3585. Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats Oktober gegenüber September in Berlin um 42,9 Prozent. Ihm folgten unmittelbar die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 35,6 Prozent, während sich das Preisniveau der Inlandwaren gleichzeitig um 14,5 Prozent hob.

Märkte.

Pferde und Vieh.
(S) Vom Ries, 14. Nov. Schon jahrelang war der Nördlinger Schafmarkt nicht mehr so gut besetzt wie der diesjährige November-Schafmarkt, auf dem 5624 Schafe zugetrieben waren; davon wurden verkauft 3699. Preis pro Paar: Färlingshämmel 430 bis 1200 Mark, Hämmel 740—1200 Mark, Mutterchafe 630—1000 M., Brackchafe 300—930 Mark, Lämmer 415—820 Mark, Gelschafe 750 bis 950 Mark.

(S) Balingen, 14. Nov. Zuführt wurden 230 Milchschweine. Handel flau, jedoch alles verkauft. Preis für das Stück 100—130 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. W. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Spar- und Konsumverein Calw und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Sitz in Calw, das Ausscheiden des bisherigen Vorstandsmitglieds, Kaufmann Jakob Knecht und die in der Generalversammlung der Genossenschaftsmitglieder vom 21. August 1921 erfolgte Bestellung des Kaufmanns Heinrich Stahl in Calw zum Vorstandsmitglied eingetragen.

Calw, den 12. November 1921.
Obersekretär Hirth.

Grundbuchamt Calw.



Versteigerung ein. Wohnhauses

Friedrich Haas, Schuhmachers-Witwe, Marie geb. Krenschier hier bringt ihr Anwesen

Geb.-Nr. 302, 66 qm Wohnhaus m. Keller u. Hofraum im Zwinger,

P.-Nr. 315/1 46 qm Gemüsegarten alda angekauft zu 23 400 Mk.,

am Montag, den 21. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr auf dem hiesigen Rathaus zum zweiten und letztenmal öffentlich zur Versteigerung.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 15. November 1921.

Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Nachruf

für den am 5. November 1921 verstorbenen Gemeinderat

Johannes Böttinger in Gchingen.

Ich möchte heim, der von dem Wort befeht Hat nie sein Ziel, das Himmlische, verfehlt, Ich möchte heim, so sprach vor Wochen schon, Auch unter braver teurer Bürgerohn.

Ich möchte heim, das liebste Wort verhallt, Und schon zerriß das Band so bald, Von Fern her zog und nahm der Tod Den Freund ins frühe Morgenrot.

Du darfst heim zum Herrn empor Den sich schon längst Dein Herz erkort, O Gott, der Besten einer jagtes Was uns verbüß, das war sein Lied.

Dem Wahren, Schönen zugewandt Vergeht mir Deines Geistes Band Den goldnen Weg auf Au und Fuir Wie Du ihn gingst in heil'ger Spur.

Von Deinem Freunde

Calw-Gchingen. Carl Schmolz.

Holzbrunn, den 13. November 1921.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben, unvergesslichen Sannes, unseres einzigen Sohnes, Bruders und Schwieger-sohnes

Georg Wilhelm Wader

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrnarrer Wader am Grabe, für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Hörtung mit seinen Schülern und des Weingervereins, für die zahlreiche Begegnung zu seiner letzten Ruhestätte von Nahe und Fern, den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst, für die vielen Kranzpenden, sowie Allen denen, die ihm während seiner Krankheit Liebe erwiesen haben, sagen wir herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Defekte Stuhlrohrstige werden wieder mit prima Rohr neu eingeflochten bei Wily. Frank, Korb- und Korbwaren-Geschäft in Calw, hinter dem Rathaus.

Zu kaufen gesucht.

Suche ein gut gebautes Wohnhaus zc. mit Laden oder Wirtschaft eventuell bis zum Sommer 1922 bezugsbar, geg. Barzahlung zu kaufen. Best. Angebote unter N. N. 266 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Am Donnerstag, den 17. ds. Mts. abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal des „Badischen Hof“ eine

Mitgliederversammlung

statt. Gegenstand der Besprechung: „Wie berechnet man die Rentabilität eines Hauses?“

Durch Nichtbesuch unserer Versammlungen sind in letzter Zeit verschiedene Mitglieder zu Schaden gekommen; wir fordern deshalb alle unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse zu zahlreichem Erscheinen auf.

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.

Mädchen-Gesuch.

Suche für meinen landw. Betrieb ein ordentl. Mädchen b. guter Behandl. u. hoch Lohn. Eintritt soj. od. bis Weihnacht. Frau Christine Bauer, Bw., Del- u. Mahlmühle, Niefern bei Forzheim. Näh. b. Friedrich Müller, Mediziner, Niefern bei Forzheim Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Prismen-Feldstecher

aller Fabrikate von 6:24 an sowie

Photo-Apparate und Objektive

aller Größen von bekannten Firmen auch reparaturbedürftige kauft ständig zu höchsten Preisen

Photo-Kaus Wohlhold, Gärtringen

Ankauf!

Fernsprecher 9

Tausch!



Bei Trauerfällen
benötigte
Drucksachen
erhalten Sie sauber,
rasch und preiswert
in der Druckerei dieses Blattes.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Geldmappe mit größerem Inhalt gefunden.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht auf 1. Dezember ein in Küche und Haushalt erprobtes

Mädchen

zu 2 Personen.

Frau Paul Georgii, Marktplatz 47.

Weibliche Bürokräft

auch anfangender, jedoch nur mit besserer Schulbildung für sofortigen Eintritt genau.

B. Zahn & Co. Calw.

Tätiger Bier-Führer

kann einreten bei Gottlob Weiß, Bierdepot.

Solider, tüchtiger Bierführer

kann sofort einreten bei

E. Naß,

z. „Badischen Hof“.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife

die beste Kinderseife

Georgenäum Calw.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 Uhr wird Studiendirektor Dr. Knodel

einen

Vortrag

über das „Nibelungenlied“

halten. Hierzu ist jedermann herzlich eingeladen.

Calw, den 14. November 1921.

Der Georgenäumsvorstand: Dr. Knodel, Vor.

Neuweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, 17. November, im Gasthaus zum „Lamm“ hier stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlich einzuladen.

Friedrich Lörcher,

Sohn des Philipp Lörcher, Bauer, hier.

Rosine Bayer,

Tochter des Johannes Bayer, Bauer, hier.

Kirchgang vormittags 11 Uhr.

Lichtspieltheater Badischer Hof

heute abend 8 Uhr:

Mit Büchse und Lasso

STUTTGARTER
Neues Tagblatt
BEDEUTENDSTE ZEITUNG
WÜRTTEMBERGS
ERSTES ANZEIGENBLATT
TÄGLICH ZWEI AUSGABEN
GRÖßTER LESERKREIS

Zalg

roh und geschmolzen kauft N. Hauber.

Dachshund

schwarz-brann gezeichnet, rajieren, gut umhauwehloer zu verkaufen.

Boysen, Bad Teinach.

Herr, ruhig u. weisheit, in gut ver sojort möbliertes, heizbares

Zimmer.

Angebote unter N. N. 267 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Alte und zerbrochene Grammophon-Platten kann ich zu wahren Preisen abkaufen

Wulsthaus

Curly, Forzheim, Leopoldstr. 17, Hagenbüchel.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

A. OELSCHLAGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW
Lederstr. 15f. Fernspr. 9.

Werbe-Drucksachen
in vorbildlicher Anordnung und bester, neuestlicher Ausstattung.